

Die Sammlung der sozialdemokratischen Emigration in Frankreich 1944/45 und ihre Stellung zur Bewegung „Freies Deutschland“

Heinz Niemann

Genosse Dr. Ernst Hirschberg (er war seit der Flucht des Unmittelbar nach dem Rückzug der faschistischen deutschen Wehrmacht aus dem Süden Frankreichs fand sich im August/September 1944 ein erstes Dutzend deutscher Sozialdemokraten, die die Besetzung teils illegal, teils als aktive Kämpfer der Résistance oder interniert überlebt hatten, in Toulouse zu einem informellen Studienkreis zusammen. In dieser allmählich anwachsenden „Gruppe deutscher Sozialisten in Frankreich“ wollten die ehemaligen sozialdemokratischen Funktionäre und Mitglieder Grundfragen der zukünftigen Politik der Arbeiterbewegung aus der Sicht ihrer unterschiedlichen Erfahrungen diskutieren, ohne daß sie sich anmaßen wollten, „den Willen der Partei zu definieren oder zu repräsentieren und die Entwicklung zu präjudizieren, welche die Partei in dem befreiten Vaterland nehmen wird.“¹ Diese bewußte Bescheidung in grundsätzlichen politischen Fragen veranlaßte aber die Initiatoren nicht, sich der aktiven Mitarbeit im Komitee „Freies Deutschland“ für den Westen* (KFDW), das sich im Herbst 1943 konstituiert hatte, zu verschließen. Ebenso wenig waren sie gewillt, auf eine konstruktive Auseinandersetzung mit der Programmatik des in der Sowjetunion im Juli 1943 gegründeten Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (NKFD), an der das KFDW inhaltlich orientiert war, zu verzichten und eigene prinzipielle Standpunkte zu formulieren. Während dies in der „Toulouser Gruppe“ zwar von Anfang an durch differenzierte, aber insgesamt zustimmende Diskussionen erfolgte, kam es bald zu gravierenden Differenzen mit einer zweiten Gruppierung der SPD, der „Pariser Gruppe“. Mit der Leitung dieser Gruppe kam es im Oktober 1944 sofort zu ersten Streitigkeiten, als im Auftrag der Toulouser Organisation der führende SPD-Exilvorstandes und dessen bisherigen Beaufragten Fritz Heine im Mai 1940 nach Großbritannien dessen offizieller Vertre-

* Die in den Quellen oft unterschiedlichen Benennungen und Abkürzungen beziehen sich stets auf das „Komitee Freies Deutschland für den Westen“ (KFDW), manchmal auch als „Bewegung freies Deutschland für den Westen“ (BFDW) bezeichnet. Die französische Bezeichnung für das Komitee lautete Comité „Allemagne Libre“ pour l'Ouest, abgekürzt CALPO.

1 Bericht über die Entwicklung der sozialdemokratischen Organisation in Frankreich seit der Liberation an die für den 21.1.1945 einberufene Funktionärskonferenz, Archiv der sozialen Demokratie (AsD), Bonn, Emigration Sopade, Mappe 124. Der Bericht stammte von Dr. Ernst Hirschberg, offizieller Vertreter der SOPADE für Frankreich seit der Flucht des Exilvorstandes im Mai 1940 nach Großbritannien. Doubles der zitierten Dokumente befinden sich in den Mappen 54 (Hirschberg) und 124 (Markscheffel). Siehe auch Ludwig Eiber: Die Sozialdemokratie in der Emigration. Die „Union sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ 1941–1946. Protokolle, Erklärungen, Materialien, Bonn 1998, (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 19), S. XCV, 692.

ter für ganz Frankreich und bis dahin in Marseille im Untergrund aktiv) nach Paris ging, um die Anerkennung als Vertretung der sozialdemokratischen Partei bei der französischen Bruderpartei (SFIO) zu erlangen, Verbindung zur US-Armee aufzunehmen und sich umfassender über die Tätigkeit des KFDW zu informieren. Die aus 7 Mitgliedern bestehende „Leitung“ der Pariser Gruppe beanspruchte ihrerseits die Repräsentation für die ganze SPD-Landesgruppe Frankreich. In dieser Situation berief sich Hirschberg, der bereits im Süden Frankreichs aktiv im KFDW mitarbeitete, auf sein vom Exilvorstand 1940 erteiltes Mandat als Vertreter der SOPADE, woraufhin ihm vom Sprecher der Pariser Gruppe, Julius Grünstein, (der über beträchtliche persönliche Geldmittel verfügte) zwar ein Büro zu Verfügung gestellt wurde, zugleich jedoch alles getan wurde, um die Anerkennung der Toulouser Gruppe Deutscher Sozialisten durch die SFIO zu verhindern. Die Pariser Führungsgruppe unter Günter Markschffel, Julius Grünstein, Max Lippmann u. a. versuchte nun ihrerseits, die Toulouser Sozialdemokraten ihrer Leitung zu unterstellen und Hirschberg auf ihre Seite zu ziehen. Zu diesem Zweck sollte ein „Aktionsausschuß“ konstituiert werden, dem zwei bis drei Vertreter aus dem Süden angehören sollten. Im Verlaufe eines scheinbar zufälligen Zusammentreffens der Angehörigen der Pariser Führungsgruppe am 11. Dezember 1944 in der Wohnung von Hirschberg informierte Lippmann plötzlich darüber, daß er nunmehr über entsprechende Publikationen und Verlautbarungen des Londoner Parteivorstandes verfüge, in denen die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft von Sozialdemokraten im KFDW ausgedrückt sei. Der ehemalige Vorsitzende des Verbandes Sozialistischer Studenten, Kurt Berlowitz, der erklärte, daß die Toulouser Gruppe Deutscher Sozialisten offenbar unfähig sei, „sich gegen die Beeinflussung durch das KFD zur Wehr zu setzen, schlug in dieser Situation vor, daß sich die anwesenden Genossen als „Aktionsausschuß“ konstituieren und sich als Leitung der nächsten Mitgliederversammlung vorstellen sollten.“² Dort sollte die von Lippmann mitgeteilte Stellungnahme der Londoner Restgruppe des Parteivorstandes den Genossen im Lande als verbindlich für die eigene Haltung zum KFDW übermittelt werden. Beide Vorschläge wurden gegen heftige Proteste von Hirschberg und Julien Steiner „in einem unbeschreiblichen Tohuwabohu angenommen“.³ Hirschberg, der sich weigerte, seine Verbindungen zum KFDW aufzukündigen, legte nach vergeblichen Versuchen, aus London von Erich Ollenhauer und Hans Vogel eine positive Stellungnahme zum KFDW bzw. zum NKFD zu bekommen, seine Funktion als Vertrauensmann der SOPADE nieder, womit er allerdings nur seiner Abberufung zuvorkam. Der selbsternannte Aktionsausschuß präsentierte sich daraufhin bereits am 12. Dezember 1944 der Pariser Mitgliederversammlung als neue provisorische Leitung der sich nun „SPD-Landesgruppe Frankreich“ nennende Organisation, und diese wurde der SFIO sogleich als alleinige Repräsentation der SPD in Frankreich vorgestellt. Damit war die sozialdemokratische Emigrantenorga-

2 AsD, Emigration Sopade, Mappe 124.

3 Ebenda.

nisation noch vor dem Versuch der organisatorischen Vereinheitlichung wegen der unterschiedlichen Haltung zum KFDW in zwei Gruppierungen zerfallen.

Die führenden Genossen der Toulouser Gruppe gingen nun zielgerichtet daran, ihre programmatische und organisatorische Basis zu festigen, da die „durch den Beitritt einiger Genossen in das KFD entfachte Programmdiskussion nicht abgerissen“ war. „Ihr Abschluß ist durch das verständnislose oder böswillige Verhalten einiger Mitglieder der Pariser Gruppe verzögert worden“, hieß es in dem Bericht an die für den 21. Januar 1945 einberufene Toulouser Funktionärskonferenz.⁴ Da Hirschberg und der gerade aus dem Aktionsausschuß⁵ ausgeschiedene Julien Steiner und Genossen nicht glauben mochten, daß die Haltung der Pariser Führungsgruppe von fast ausschließlich bisher unbekanntem Personen tatsächlich die politische Unterstützung der Londoner SOPADE hätte, erklärten sie sich die Bevorzugung damit, daß der im November 1944 in Paris als Mitarbeiter der British Labor Division des amerikanischen Geheimdienstes OSS (Office of Strategic Service) aufgetauchte Lippmann eigenwillig ihre Arbeit sabotierte, keines seiner Versprechen erfüllte, „sondern im Gegenteil seine Beziehungen zu uns brauchte, um seine Stellung in seinem ‚Betrieb‘ zu untermauern, und daß er in seinem privaten Interesse darauf ausging, unsere Beziehungen zum PV zu stören und die zum KFD mittels gefälschter Dokumente und bewußt falscher Informationen zu vergiften“.⁶

In der Tat nutzte der engere Führungskreis des Pariser Aktionsausschusses mit Markscheffel (als Sekretär), Grünstein (als Kassierer) und Berlowitz (als Beisitzer) die Beziehungen von Lippmann, um engeren Kontakt zu London zu bekommen und von Vogel und Ollenhauer für sich die Legitimation als einzige anerkannte Führung der „SPD-Landesgruppe Frankreich“ zu erhalten. Insbesondere bemühten sie sich, den Londonern zu begründen, warum der bis dato als SOPADE-Vertrauensmann noch nicht offiziell abberufene Hirschberg dem Aktionsausschuß nicht angehörte. Sie schrieben an Ollenhauer: „Er hat auf Grund unserer Stellungnahme und unserer energischen Zusammenfassung aller Kräfte eine Mitarbeit ‚vorläufig‘ abgelehnt, da er sich als alleiniger Vertreter der SOPADE betrachtet. Wir hatten unsererseits [...] eine Demission‘ verlangt, weil er für uns in seiner Eigenschaft als bezahlter Angestellter des ‚Freien Deutschland‘, wo er sogar öffentlich Thesen vertreten hat, die den unsrigen widersprechen, politisch nicht tragbar ist. Seine Ausschaltung ist von der großen Mehrheit der Genossen und von allen französischen Parteistellen begrüßt worden.“⁷ Damit war auch von ihnen als Kern der Auseinandersetzung zwischen der Mehrheit der Pariser SPD-Landesgruppe und der sich hauptsächlich auf die Toulouser stützenden Landesgruppe Deutscher Sozialisten klar benannt

4 Ebenda.

5 Diesem Pariser Aktionsausschuß gehörten anfänglich an: Kurt Albert, Kurt Berlowitz, Max Cohen-Reuß, Julius Grünstein, Heinrich Harasin, Max Lippmann, Adolf Ludwig, Günther Markscheffel (als Secrétaire general), Heinrich Mies, Karl Müller-Solingen, Walter Rother, Karl Ruhner und Julien Steiner, der jedoch bereits im Januar 1945 ausschied, als er erkannt hatte, daß er nur aus taktischen Gründen als Alibi-Vertreter der Südgruppe fungieren sollte.

6 Bericht über die Entwicklung, AsD, Emigration Sopade, Mappe 124.

7 AsD, Emigration Sopade, Mappe 124.

die unterschiedliche Stellung zum KFDW.

In demselben Schreiben des Pariser Aktionsausschusses war bekräftigend zu lesen: „Einen sehr wichtigen Punkt der vorbereitenden Aussprachen hat unsere Stellungnahme zu der Bewegung „Freies Deutschland“ gebildet, welche in Frankreich auf Grund ihrer großen Aktivität und ihrer unmittelbaren Nähe ‚am Feind‘ einen relativ sehr großen Vorsprung vor unserer eigenen Bewegung besitzt. Eine Anzahl von Parteigenossen sind ihr beigetreten, einzelne sogar als bezahlte Funktionäre. Die oben erwähnten fünf Mitglieder unseres engeren Ausschusses (Comité directeur) stehen dieser Bewegung unbedingt ablehnend gegenüber. Auf ihr Drängen ist intern eine klare Stellungnahme des Aktionsausschusses in dieser Frage erfolgt.“⁸

In einem Schreiben vom 28. Dezember 1944 drängte Markscheffel die Londoner auf seine eigene möglichst rasche und offizielle Anerkennung als SOPADE-Beauftragter, da die KPD an den Aktionsausschuß herangetreten sei, um über ein gemeinsames Programm von KPD und SPD auf der Basis des KFDW zu verhandeln. Außerdem sei es so: „Wenn ahnungslose Genossen, die nach vierjähriger Illegalität wieder auftauchen, mit dem FD (Komitee „Freies Deutschland“ – H.N.) in Berührung geraten – und dies geschieht in 90 von 100 Fällen – weil die Leute eine große Reklame machen – dann wird ihnen dort erklärt, daß der offizielle Vertreter der SOPADE für Frankreich, der Genosse Ernst Hirschberg, ebenfalls mitarbeitet und sogar im Pariser Comité eine leitende Stellung einnimmt. [...] Auf diese Weise sind zahlreiche Genossen zum FD gekommen, arbeiten dort mit, werden bezahlt und machen sich auf Grund beider Tatsachen eine politische Stellungnahme zurecht, die nur auf Schritt und Tritt die Sammlung der Sozialdemokraten erschwert.“⁹

In dieser Auseinandersetzung um die politische Kernfrage antifaschistischer Arbeit in der Endphase des Krieges hatte die Pariser Gruppe eine Reihe praktischer Vorteile:

1. wurde sie von der SOPADE bevorzugt, und Ende 1944 wurde Markscheffel anstelle von Hirschberg zum offiziellen Vertreter des Londoner PV erklärt. Sie erhielt jede mögliche Unterstützung, auch finanzielle, zumal Markscheffel auf Anfrage Ollenhauers diesem erfreut mitteilen konnte, daß einige Konten des Exilvorstandes durch „Camouflage“ (Tarnung) des Direktors der Credit Commercial de France, Agence St. Germain, den Nazis nach der Besetzung von Paris nicht in die Hände

8 Von den um die Jahreswende erfaßten ca. 50 Mitgliedern der Pariser Region waren 6 aktive Mitarbeiter der BFDW. Von den in der Provinz erfaßten 51 Mitgliedern waren 3 offizielle Mitarbeiter im Komitee tätig. Nicht berücksichtigt werden konnten solche Sozialdemokraten, die sich keiner der Emigrantennorganisationen angeschlossen hatten, aber im KFDW mitwirkten. Sein Ansehen beruhte aber nicht auf ‚Reklame‘, sondern auf ihrem aktiven Beitrag als deutsche Antifaschisten im Rahmen der Résistance. Siehe AsD, Emigration Sopade, Mappe 124. Zu den Vizepräsidenten des KFDW gehörten die beiden Sozialdemokraten Karl Hoppe und Dr. Wilhelm Leo. Zur Mitarbeit einzelner Sozialdemokraten in der Bewegung „Freies Deutschland“ siehe auch Gottfried Hamacher u.a.: Gegen Hitler. Deutsche in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung „Freies Deutschland“. Kurzbiografien, Berlin 2005.

9 Brief Markscheffels an Ollenhauer vom 28.12.1944, AsD, Emigration Sopade, Mappe 124.

gefallen waren. Markscheffels Gruppe wurde sofort eine beträchtliche Summe davon zur Verfügung gestellt.

2. hatte sie Unterstützung durch die SFIO und saß im politischen Zentrum Frankreichs, dem nun auch befreiten Paris, und

3. war mit Max Lippmann ein Mitglied des Aktionsausschusses vorhanden, der als Mitarbeiter des US-Geheimdienstes OSS über günstigste Möglichkeiten der Nachrichtenübermittlung, Beschaffung von Genehmigungen, Reisepässen und Geldmitteln verfügte. Über ihn liefen auch wesentlich die Verbindungen zur Londoner PV-Gruppe.

Trotz dieser Vorteile zeugt die Langwierigkeit der politischen Auseinandersetzungen um die Haltung zum KFDW von der Stärke und Überzeugungskraft seiner Politik.¹⁰ Nach eigener Einschätzung von Markscheffel war die „Gründung des A.A. erforderlich (geworden), weil sich im Dezember herausstellte, daß diejenigen Sozialdemokraten, die nun auch in Paris eine ‚Gruppe deutscher Sozialisten‘ gegründet hatten, weder in der deutschen Öffentlichkeit noch in den Bruderparteien eine eindeutige Stellungnahme der deutschen Sozialdemokraten zu den verschiedenen Problemen der Gegenwart entwickeln konnten. Die Gründe dieser Tatsache sind wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die als deutsche Sozialdemokraten bekannten Genossen kurze Zeit nach der Liberation eine aktive Mitarbeit im Comité Freies Deutschland entwickelten [...] Bei Uninformierten war dadurch der Eindruck entstanden, als ob diese Tätigkeit im Einverständnis mit der Parteileitung London stehe [...] Der Aktionsausschuß, dem nur unabhängige Genossen angehören, übernahm es daher, die ideologisch nahestehenden Organisationen über den wahren Sachverhalt zu unterrichten.“¹¹ Die vielbeschworene Prämisse, daß es den Mitgliedern im Lande vorbehalten sein müsse, welche politisch-ideologische Neuorientierung eine neu zu schaffende Partei haben soll, wurde damit ungeniert desavouiert. Massiv wurden die ablehnende Haltung der Londoner SOPADE-Gruppe und der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ zum NKFD propagiert und vielfältige Methoden angewandt, sie in der ganzen sozialdemokratischen Emigration durchzusetzen.

In der Toulouser und Pariser Landesgruppe Deutscher Sozialisten wurden die Vorgänge im Aktionsausschuß zwar widersprüchlich, aber vorwiegend ablehnend zur Kenntnis genommen. Die führenden Funktionäre der Toulouser Gruppe beriefen deshalb zum 21. Januar 1945 eine Funktionärskonferenz nach Toulouse ein, an der von etwa 250 eingeladenen Sozialdemokraten (vor allem aus dem Pariser Raum) infolge plötzlicher mysteriöser Verkehrsbeschränkungen nur 21 Genossen teilnehmen konnten. Markscheffel

10 Zur Haltung der SOPADE und der „Union“ in London zum NKFD siehe Helmut Arndt u.a.: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917-1945, Berlin 1982, S.462– 467.

11 Der mehrfach auftauchende Hinweis auf die „Bezahlung“ von Mitgliedern war verleumderisch. Es gab Unterhaltsbeihilfen, manchmal kleine Aufwandsentschädigungen auch an Sozialdemokraten aus Beutegeld. Dr. jur. Hirschberg fungierte z. B. als juristischer Berater des KFDW und bekam dafür ein bescheidenes Honorar.

als Beobachter der SPD-Landesgruppe Frankreich berichtete darüber am 3. Februar nach London: „Diese Zusammenkunft war vorbereitet worden, um gegen den ‚Pariser‘ Ausschuß Sturm zu laufen und eine Entschließung für die Mitarbeit in der Bewegung ‚Freies Deutschland‘ anzunehmen, unter gleichzeitiger Aufrichtung einer ‚Gegenpartei‘.“¹² Vom Verlauf der Konferenz, die durch die vermittelnde und inhaltliche Taktik Markscheffels nach seiner eigenen Einschätzung dieses Ziel nicht erreichte, kündigt eine Entschließung. Sie fußt auf einem zuvor verfaßten Rundschreiben „Sozialdemokratie und CFD (Comité Freies Deutschland), unterschrieben von einigen Sozialdemokraten, die die Mitarbeit im CFD zur Durchsetzung unserer Ideen und zur Stärkung unserer Partei für zweckmäßig halten“. Außerdem existiert von Hirschberg ein „Bericht über die Entwicklung der sozialdemokratischen Organisation in Frankreich seit der Liberation“ für die Teilnehmer der Toulouser Konferenz am 21. Januar 1945. Die ambivalente, teils zögerliche, teils erwartungsvolle Einstellung, die für viele Sozialdemokraten gegenüber dem KFDW symptomatisch war, durchzieht beide Dokumente. Hirschberg beschrieb seine Position so: „Ich glaube kaum, daß ein ehrlicher Genosse etwas gegen die Haltung der im Freien Deutschland arbeitenden Genossen einwenden kann, daß wir nämlich ein ‚Experiment‘ machen, um festzustellen, ob auf der anderen Seite der ehrliche Wille zur Verständigung und Aktions-einheit vorliegt, und daß wir inzwischen die technischen Möglichkeiten, die dem Freien Deutschland zu Gebote stehen, in unserem Interesse benutzen, da insoweit dies Interesse mit dem der Gesamtheit der deutschen Antifaschisten parallel läuft.“ In dem erwähnten Rundschreiben¹³ gingen die Verfasser davon aus, daß „diese Bewegung große Beachtung findet“ und in der breiten Öffentlichkeit „als sichtbarste Repräsentation eines neuen Deutschland“ gilt. Zahlreiche Genossen seien durch die Résistance in diese Bewegung gekommen, aber es „gibt auch Genossen, die scharf ablehnend gegenüberstehen.“ Die Gründe dieser Ablehnung seien folgende: 1. Diese Bewegung sei von Kommunisten beherrscht, 2. das Programm sei kleinbürgerlich und 3. stünden an der Spitze Generäle der Naziarmee, die den Krieg vorbereitet hatten und sich erst in der Gefangenschaft gegen Hitler wendeten. Das entsprach der pseudolinken Argumentation Ollenhauers in dem Memorandum vom 1. September 1943,¹⁴ welches die Linie der „Union“ bestimmte, seinerzeit aber nicht als offizielles Dokument veröffentlicht worden war. Im Rundschreiben hieß es, daß es „1943 um die raschere Erschütterung der Wehrmacht und die Beeinflussung des deutschen Volkes gegangen“ wäre, es aber unvorstellbar sei, daß die Sowjetunion in diesen Generälen jetzt noch die Repräsentanten eines demokratischen Deutschlands sähe. Mit Bezug auf die Argumentation Ollenhauers gegen die Mitarbeit im NKFD bzw. im KFDW meinten seine Verfasser, daß sie zwar kritische Einwände

12 AsD, Emigration Sopade, Mappe 124, die folgenden Zitate ebenda.

13 Siehe ebenda.

14 Siehe Entwurf Erich Ollenhauers für ein Memorandum über das Nationalkomitee Freies Deutschland, vorgelegt am 1. September 1943, in: Eiber, Sozialdemokratie, S.281-288.

hinsichtlich des Verzichts auf sozialistische Zielstellungen teilten, bei genauer Betrachtung aber zu „entgegengesetzten Schlußfolgerungen“ gekommen seien. Für sie reiche die Zielstellung der Bewegung – freiheitliche demokratische Republik – gegenwärtig völlig aus. Auch eine Verständigung mit den Kommunisten müsse versucht werden, zumal diese sehr flexibel geworden seien und „mehr Konzessionen an ihre (ehemaligen) Gegner gemacht haben, als uns lieb ist.“ Die Schuld für ein Scheitern sollte auf keinen Fall bei der Sozialdemokratie liegen. Die Erfahrungen mit dem KFDW seien vor allem dort gut, wo man aktiv mitgearbeitet habe. „Auf die Erfolge in der Programm- und Generalsfrage ist schon hingewiesen worden. Eine Ausstellung in Toulouse, an der unsere Genossen hervorragenden Anteil durch ihre Mitarbeit hatten, erzielte einen Massenbesuch von 15.000 Personen, die aufgeklärt und beeinflußt wurden. Die Umschulungspläne für die Kriegsgefangenen sind von einem unserer Genossen ausgearbeitet. In anderen Fragen, wie Erziehung, Recht, Verwaltung, Presse und Informationswesen, Rundfunk etc. wird mit Erfolg gearbeitet.“ Des weiteren wurde das Recht irgendwelcher Körperschaften bestritten, für oder gegen solche Mitarbeit zu entscheiden, einschließlich der Londoner PV-Restgruppe. Solche „Beschlüsse“ seien gefährlich für die zukünftige Einheit der Arbeiterbewegung, hieß es abschließend.

In der Entschließung der Toulouser Konferenz vom 21. Januar 1945 wurde nach eingehenden Referaten und sehr ergiebiger Diskussion und – mit Blick auf die Pariser Vorgänge und wegen Markscheffels Intervention – konziliant und vergleichsweise vage formuliert: „Sie (die Konferenz - H.N.) begrüßt die Bemühungen zur organisatorischen Zusammenfassung aller in Frankreich lebenden Sozialisten in einer geschlossenen einheitlichen Partei unter Ablehnung aller Gruppen- und Sektenbildungen. [...] Strittige Fragen sind in wahrhaft demokratischer Weise zu diskutieren und zu entscheiden, Entschlüsse von grundsätzlicher Bedeutung und Beschlußfassung (müssen) auf breitester Basis getroffen werden. Unter diesen Voraussetzungen kann die Respektierung gefaßter Mehrheitsbeschlüsse von allen verlangt werden.“ Zur politischen Kernfrage hieß es ebenfalls vermittelnd: „Nach allgemeinem Gebrauch empfiehlt die Konferenz in der Programmfrage des ‚Comité Freies Deutschland‘ (CFD), sich auf solche Punkte zu beschränken, die allgemeine Billigung unter den angeschlossenen Gruppen finden können. Es sollte eingesehen werden, daß die Behandlung von weitergehenden Einzelheiten dem freien Wirken der Parteien in einem zukünftigen freien, demokratischen Deutschland überlassen werden kann.“ Dem NKFD wurde eine Überprüfung des organisatorischen Aufbaus entsprechend den sich wandelnden politischen und anderen Erfordernissen empfohlen.¹⁵ Die hinter dieser Kompromißformel versteckte Absicht der Gegner des NKFD erläuterte die Leitung der SPD-Landesgruppe Frankreich in einer ausführlichen Information vom 14. Februar 1945 an die Londoner SOPADE-Gruppe: „Unsere Verbindung zum FD hat den Zweck, brauchbare Genossen nicht für die Partei zu verlieren, vor allem aber einen Einfluß zwecks Umgestaltung dieser hier allgemein als

15 Siehe AsD, Emigration Sopade, Mappe 52.

die Zentrale der deutschen Emigration betrachteten Bewegung anzustreben. [...] Die Verhältnisse in Frankr(eich) liegen ja für uns politische Emigranten völlig anders wie beispielsweise in England oder in (den) USA. [...] Wir waren ausnahmslos ohne Verbindung mit Euch und die gemeinsame Not und der gemeinsame Kampf hat hier bei uns persönlich in vielen Fällen ein ausgesprochen gutes Verhältnis zu den Kommunisten geschaffen. [...] Was das Programm des CFD anbelangt, so haben wir sofort erklärt, daß wir es so nicht akzeptieren können und eine Formulierung verlangen, die allgemeine Billigung finden kann, [...] und durch die jüngste programmatische Erklärung des ‚West-Comites‘ des FD (Calpo = Comité Allemagne Libre pour l'Ouest) ist diese Forderung anerkannt worden. Sie ging größtenteils auf einen Entwurf Steiners zurück. [...] Wir beantragten ferner, das NKFD in Moskau zu veranlassen, als rein politisches Comité hervorzutreten mit Vertretern der politischen Parteien, und den Generälen lediglich die Aufgabe zuzuweisen, an der Zerstörung der Armee mitzuhelfen.“¹⁶ Nach Paris zurückgekehrt, gab Markscheffel die von ihm formal mitgetragenen Positionen unter den Einfluß vor allem von Lippmann und Berlowitz sofort wieder auf und forcierte die Abgrenzungspolitik zum KFDW. In der Sitzung des Aktionsausschusses am 10. Februar wurde die Aufnahme weiterer Mitglieder beschlossen, „die, geistig und materiell unabhängig, sich eindeutig für die Vertretung der politischen Richtlinien der Sozialdemokratischen Partei und der Sozialistischen Union einsetzen. [...] Die Zugehörigkeit zum Aktionsausschuß von Personen, die anderen politischen Organisationen angehören oder ihnen moralisch oder materiell verpflichtet sind, ist abgelehnt worden.“¹⁷ Diese „Feststellungen des Aktionsausschusses“ wurden den in Paris anwesenden Vertretern der Toulouser Gruppe, Ludwig und Kiesel, vorenthalten und erst Ende Februar publik. Die in Toulouse vereinbarte Bildung einer gemeinsamen Exekutive und die Inkraftsetzung eines Statuts wurde dadurch sabotiert, um – wie die Toulouser in einem Rundschreiben erbittert feststellten – „eine Reihe qualifizierter Genossen in Frankreich künstlich auszuschalten mit dem durchsichtigen Hintergedanken, den Aktionsausschuß, der sich ohne Mandat auf eigene Faust in Paris gebildet hat, in seiner bisherigen Zusammensetzung zu konservieren. Aus dieser Sachlage heraus sind wir nun auf Grund der Toulouser Konferenz und der dort gefaßten Beschlüsse dazu übergegangen, im Einklang mit den maßgebenden Genossen in Frankreich an die praktische Aufbauarbeit zu gehen und die Landesexekutive zu bilden.“¹⁸ Auf der Vorschlagsliste mit 19 Kandidaten für die beabsichtigte Wahl dieser Landesexekutive erschienen aus dem Kreis des Pariser Aktionsausschusses nur Ernst Roth, Julien Steiner und Adolf Ludwig. Dieser darin sichtbar werdende tiefe, hauptsächlich politisch bedingte Zwist wurde im Verlaufe des März zumindest oberflächlich beigelegt, da einerseits das KFDW – der Hauptstreitpunkt – seine Arbeit immer

16 Information vom 14. Februar an die SOPADE, AsD, Emigration Sopade, Mappe 124.

17 Ebenda.

18 Ebenda.

mehr einschränken mußte und schließlich durch die französischen Behörden verboten wurde;¹⁹ andererseits wuchs das Bestreben bei der Mehrheit der Sozialdemokraten, zuerst die eigene Partei zu reorganisieren, was ihre Kompromißbereitschaft gegenüber der Londoner Linie vergrößerte. So kam es formell zum Zusammenschluß beider Gruppen zu einer SPD-Landesgruppe. Nur eine kleine linkssozialdemokratische Gruppe blieb selbständig und forderte in einem Schreiben vom 25. März 1945 bei der Londoner „Union“ ihre Anerkennung als Gruppe deutscher Sozialisten innerhalb der SPD, um sich damit bei der SFIO legitimieren zu können, was Hans Vogel mit Verweis auf die Existenz der SPD-Landesgruppe unter Markscheffel ablehnte. Der Pariser Aktionsausschuß konnte auch deshalb seine Position stärken, weil die KPD-Landesleitung daran interessiert war, mit einer einheitlichen Landesorganisation der SPD zu verhandeln, nicht mit einer kleinen Splittergruppe. Deshalb erging von ihr an den Aktionsausschuß das Angebot, in Verhandlungen über das weitere gemeinsame Vorgehen einzutreten.

Die KPD-Vertreter Walter Hähnel, Richard Gladewitz und Fritz Nickolay ließen sich davon leiten, daß die erfolgreiche Fortsetzung der Politik eines breiten antifaschistischen Bündnisses nach dem Modell des NKFD im befreiten Deutschland vor allem von den einheitlich handelnden Arbeiterparteien abhängen würde. Da der Hauptwiderstand dagegen aus dem Kreis des Aktionsausschusses kam, schien es taktisch klug, die beiden Flügel der sozialdemokratischen Emigration auf diese Weise zusammenzubringen. So wandten sie sich in einem Schreiben vom 22. Februar 1945 an den Leiter der SPD-Landesgruppe, Walter Rother, in welchem es nach einem historischen Resümee der Folgen der Spaltung seit 1933 und den Beispielen einer erfolgreichen Zusammenarbeit im Widerstand abschließend hieß: „Wir glauben und sind der Überzeugung, daß es für einen Sozialdemokraten keinen Grund mehr geben kann, die Einheit mit den Kommunisten abzulehnen. Vor uns, als Vertreter der Arbeiterparteien, stehen gewaltige Aufgaben, die eine sofortige Erfüllung erfordern. Es sind dies Fragen des Einsatzes unserer Kräfte in Deutschland zur Verstärkung der Widerstandsbewegung und die Vorbereitung unserer Parteikader für die zukünftigen Aufgaben in Deutschland.“²⁰ Im Auftrag des Aktionsausschusses antwortete Markscheffel am 25. Februar und schlug ein Treffen von je 3 Vertretern beider Seiten unter Hinzuziehung eines Vertreters der zentralen Parteinstanzen vor. Diese Beratung fand am 16. März statt. Seitens der SPD-Landesgruppe nahmen als Vorsitzender der Landesgruppe Karl Rother und Max Cohen-Reuß, Günter Markscheffel und Karl Müller, von der KPD Walter Hähnel, Richard Gladewitz und Fritz Nickolay teil. Weitere Beratungen fanden am 19. und 27. April sowie – nach den bisherigen Unterlagen – eine letzte am 3. Mai 1945 statt. Während die erste Beratung noch konstruktive Elemente hatte und der Entwurf eines gemeinsamen Aufrufes verabschiedet wurde (wenn auch mit der Maßgabe, ihn erst nach Ratifizierung

19 So wurde Anfang März die Regionalorganisation des KFDW in Marseille polizeilich aufgelöst und das Aktenmaterial beschlagnahmt.

20 Bericht über eine Zusammenkunft zwischen Vertretern der SPD und der KPD am 16. Februar 1945 von G. Markscheffel an SOPADE, AsD, Emigration Sopade, Mappe 124.

durch die Londoner SOPADE und das ZK der KPD zu veröffentlichen), wurde in den folgenden Sitzungen die Weisung von Ollenhauer und Vogel, alle Verhandlungen abzubrechen, immer spürbarer. Obwohl dies von großen Teilen der Mitgliedschaft der SPD-Landesgruppe mißbilligt wurde, wuchs die Dominanz der politischen Positionen der Londoner, die bestrebt waren, sich wieder als einzig legitimer Parteivorstand zu etablieren. Dem ordnete sich die Mehrheit des Aktionsausschusses zunehmend unter. So beschloß eine Mitgliederversammlung am 26. Juni zwar die Fortführung gemeinsamer Diskussionen zu den Aufgaben der Arbeiterbewegung, aber substanzielle Fortschritte gab es nicht mehr. Der Kern jenes Gedanken von Gladewitz, den er gegen Vorbehalte der Sozialdemokraten zur Einbeziehung von Hitler-Offizieren, in der Beratung am 16. März vorbrachte, daß es schließlich „von den Arbeiterparteien abhängen werde, ob die Generäle später einmal irgendwelche Auswirkungen auf die Politik in Deutschland haben“ würden,²¹ wurde in seiner historischen Dimension für den ganzen Verlauf der Entwicklung in Nachkriegsdeutschland von den auf die Londoner Linie eingeschworenen Sozialdemokraten überhaupt nicht erkannt. Mit der ablehnenden Beurteilung der Kapitulationsbedingungen (gegen bekannt gewordene Gebietsabtrennungen und die Höhe der Reparationen sowie bezüglich der Schuldfraße) blieben alle Bemühungen der Kommunisten, zu praktischer Zusammenarbeit zu kommen, erfolglos. Zu viele Sozialdemokraten erkannten nicht den demagogischen Charakter der vorgeblich „sozialistischen Kritik“ der Londoner an der bewußt auf ein breites Bündnis aller antifaschistischen, bürgerlich-demokratischen und sogar national-konservativen Kräfte orientierten Politik der Moskauer. Auch unter den günstigeren Bedingungen im befreiten Frankreich scheiterten die Bemühungen der noch nicht unter der völligen Kontrolle der aus Moskau kommenden Führungsgruppe der KPD stehenden, klug und flexibel agierenden Kommunisten an der in der Sozialdemokratie vorherrschenden Beschränktheit ihres antifaschistischen Verständnisses und gefühlsmäßig sozialistischen Engagements. Der dadurch wesentlich mitbedingte Mißerfolg der kommunistischen Westemigranten begünstigte andererseits die sich ankündigende sektiererische Einengung des NKFD, das sich bereits im November 1945 auflöste.²² In den westlichen Besatzungszonen verhinderte die Haltung der von Kurt Schumacher mit Unterstützung der SOPADE reorganisierten SPD, eine

21 Ebenda.

22 Die politischen Potenzen der Bewegung Freies Deutschland für den Westen wurden seitens der Moskauer ausschließlich aus der Sicht der Rolle der Wehrmacht gesehen, die mit der bedingungslosen Kapitulation und Besetzung Deutschlands hinfällig war. Allein die Orientierung auf eine weitreichende Bodenreform, die die vollständige Enteignung des Großgrundbesitzes bedeutete, hätte mit den beteiligten Offizieren aus Junkerkreisen einen differenzierten Umgang erfordert. Siehe dazu Günter Benser: Zur Auflösung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1990, H. 10, S.907-914. Siehe auch Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke: „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.

Zusammenarbeit sowohl mit kommunistischen als auch mit linkssozialistischen Kräften auf der Grundlage des NKFD-Konzeptes im Interesse eines breiten antifaschistischen Bündnisses für eine tiefgreifende gesellschaftliche Umgestaltung.

Wer nicht davon ausgeht, am „Ende der Geschichte“ angekommen zu sein, für den zählt das Sammeln und das wieder Lesen historischer sozialistischer Literatur sicher zu den interessantesten und aufregendsten intellektuellen Abenteuern. Allerdings wird der Suchende schnell mit der Tatsache konfrontiert werden, dass das Angebot immer beschränkter und die Preise für den Erwerb immer höher werden. Raritäten haben natürlich einerseits ihren Preis, andererseits hütet sie der, der sie besitzt, naturgemäß wie eine Kostbarkeit. Somit sind sie für Interessenten nicht zugänglich, wenn sie nicht gar überhaupt verschwunden sind. Die Büchervernichtung der Nazis hatte ebenso wie die Säuberungswellen der Stalinisten und deren Produktion von „Unpersonen“ katastrophale Auswirkungen. Die Warnung Heinrich Heines, dass, wenn Bücher brennen, auch Menschen brennen, scheint ungehört verhallt zu sein. Aber schon Orwell und Bradbury haben gewusst, dass es in puncto Literatur nie vollständig gelingen wird, tabula rasa zu machen. Auch das motiviert unsere Absicht, vorerst kleinere, mitunter kaum noch existierende Schriften wieder zugänglich zu machen, und das in möglichst detailgetreuer Wiedergabe, weil auch die Ästhetik der früheren Gestaltung berücksichtigt werden soll. Konzentrieren wollen wir uns auf die rätekommunistischen und libertären Traditionen, aber auch auf Schriften Trotzki und seiner Anhänger, und das vor allem deshalb, weil sich seine Warnungen als berechtigt und wahr erwiesen haben.

Wir meinen, dass von guten Reprints eine doppelte Faszination ausgehen muss: Originäres Denken in einer Aufmachung, die Geschichte erlebbar macht!

- Heft 1 Oskar Fischer, Leninismus oder Stalinismus? Prag 1936
(Thematisiert die Schuld Stalins an die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung)
- Heft 2 Adolf Warski, Rosa Luxemburgs Stellung zu taktischen Problemen der Revolution, Hamburg 1922 (Unabdingbar für die Entstehungsgeschichte von Rosas „Die russische Revolution“)

Für Hinweise und Anregungen sind wir nicht nur dankbar,
wir erwarten sie!

Rotes Antiquariat · Rungestraße 20 · 10179 Berlin · Tel.: 030 275 93 500